

Info Milchpolitik**23. Dezember 2014**

Bundesbudget 2015: Danke für die Arbeit der bäuerlichen Parlamentarier!

Wir danken den bäuerlichen Parlamentariern für die ausgezeichnete Arbeit, die sie bei der Behandlung des Bundesbudgets 2015 in den letzten Wochen geleistet haben und ebenso allen anderen Parlamentariern, welche die Anliegen der Landwirtschaft unterstützt haben. Es war ein Kraftakt, der nach den absolut unverständlichen Kürzungsanträgen des Bundesrates notwendig geworden war. Koordiniert vom Schweizer Bauernverband musste ein enormer Aufwand betrieben werden, um die ungerechtfertigten Kürzungen beim Agrarbudget abzuwenden.

Weststrasse 10
Postfach
CH-3000 Bern 6

Telefon 031 359 51 11
Telefax 031 359 58 51
smp@swissmilk.ch
www.swissmilk.ch

swissmilk

Teilweise hatte die Haltung des Bundesrates wohl damit zu tun hatte, dass er Beschlüsse des Parlaments zur Agrarpolitik, die ihm nicht genehm waren – erwähnt seien hier die Systemänderung beim Fleischimport und die Aufstockung des Zahlungsrahmens - korrigieren wollte. Wie dieses Geschäft abgelaufen ist, hat aber wieder einmal deutlich gezeigt, wie wenig verlässlich die Politik und wie unsicher die Gelder des Bundes sind. Mit der Agrarpolitik 14-17 wurden vom Bund bedeutende zusätzliche Leistungen bei der Landwirtschaft bestellt und nun wollte er bereits im Folgejahr die Rechnung dafür nur teilweise bezahlen. Wie soll da die Landwirtschaft darauf vertrauen, dass die in Aussicht gestellten Kompensationszahlungen beim weiteren Abbau des Grenzschutzes dann wirklich auch geleistet würden? Da bleibt dann eben nur die konsequente Ablehnung jeglicher weiterer Schritte zur Grenzöffnung.

Aus Sicht der Landwirtschaft war insbesondere die Verhinderung der Kürzungen bei den Direktzahlungen, die sich direkt auf die Einkommen der Bauernfamilien ausgewirkt hätten, von zentraler Bedeutung. Für die Milchbranche war zudem wichtig, dass die beantragte Kürzung der Bundesbeiträge an die Milchprüfung abgewendet werden konnte. Die Differenz hätten direkt oder indirekt zu einem bedeutenden Teil ebenfalls die Milchproduzenten bezahlt.

Leider hat die Auseinandersetzung um die vom Bundesrat beantragten Kürzungen mit dazu geführt, dass die dringend notwendige Erhöhung der Mittel für das Schoggigesetz im Ständerat keine Mehrheit gefunden hat. Wie die Diskussionen um den Milchpreis im kommenden Jahr nun bereits deutlich zeigen, müssten die Milchproduzenten einen grossen Teil der Zeche bezahlen, die bei fehlenden Mitteln für das Schoggigesetz droht. Immerhin konnte der zuständigen Finanzministerin das klare Bekenntnis abgerungen werden, dass die Erstattung bei 85 Prozent der berechneten Preisdifferenz festgelegt wird und allfällig fehlende Mittel im kommenden Jahr über

einen Nachtragskredit gedeckt werden. Es ist nun Aufgabe von SMP und SBV, zusammen mit den Organisationen der Lebensmittelindustrie dafür zu sorgen und allenfalls den nötigen Druck aufzubauen, dass diese Versprechen eingelöst werden.

Eine fragwürdige Rolle haben bei diesem Geschäft neben diversen Parlamentariern auch gewisse Medien gespielt. Sie sind nicht müde geworden, immer wieder zu suggerieren, die Mittel für die Landwirtschaft würden mit diesen Anträgen und Beschlüssen erhöht. Dabei bleibt die Landwirtschaft auch mit dem angepassten Budget zusammen mit der Armee der einzige grössere Ausgabenbereich, bei dem die Bundesmittel im Budget 2015 gegenüber dem laufenden Jahr gekürzt werden.

So sehr wir uns über diesen Erfolg im Parlament freuen dürfen, so sehr müssen wir uns bewusst sein, dass das Ringen um das Bundesbudget im nächsten Jahr weiter gehen wird. Die Arbeit beginnt schon bald und es braucht geschlossene Reihen innerhalb der Landwirtschaft, um im Kampf um die knappen Mittel des Bundes nicht als Verlierer dazustehen. Wir zählen auch im kommenden Jahr auf die bäuerlichen Vertreter im Parlament und freuen uns, sie bei ihrer Arbeit weiterhin zu unterstützen.

Kurt Nüesch
Direktor SMP

